



## Fraktion der FDP im Rat der Gemeinde Borchchen

FDP Fraktion im Rat der Gemeinde Borchchen

Marcel Welsing - Fraktionsvorsitzender  
Holsteiner Weg 47 33178 Borchchen  
Tel.: 0170 – 2159516 marcelwelsing@web.de

### **Rede zur Haushaltsverabschiedung 2012 der Gemeinde Borchchen in der Sitzung des Rates vom 6. Februar 2012**

gehalten von Marcel Welsing,  
Fraktionsvorsitzender der FDP im Rat der Gemeinde Borchchen

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Borchchenerinnen und Borchchener und Vertreter der Presse,

die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre gehörten sicher nicht zu den Veranstaltungen, die vergnügungssteuerpflichtig waren.

Überschattet von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, deren Folgen sich etwas verzögert auch auf die kommunalen Haushalte niederschlugen, schwebte über allen Zahlenwerken das Damoklesschwert der Haushaltssicherung und des Abrutschens unserer Gemeinde in tief rote Zahlen.

Bei jeder geforderten Ausgabe ging ein Stöhnen durch das Rund, jede € 1.000 mehr hätten angeblich dazu beitragen können, dass die Grenze zur Haushaltssicherung überschritten wird.

Dieses Jahr war davon irgendwie ziemlich wenig zu spüren. Vor dem Hintergrund der wachsenden Steuereinnahmen und den damit verbundenen positiven Signalen aus Bund und Land, sowie einer Kreisumlage, die die Kommunen zumindest nicht mehr so arg wie in den letzten Jahren bedrängt, mag der große Sparzwang in den Hintergrund getreten sein.

Auch in Borchchen gewinnt man ein Stück weit den Eindruck, als würden freudige Zeiten anbrechen:: „Fast schuldenfrei bei hoher Liquidität“ titelte eine Zeitung anlässlich der Haushaltseinbringung.

Die rund € 88, die jeder Bürger statistisch an Schulden hat, scheinen wirklich nicht so hoch zu sein, als könnten die meisten Borchchener diese – wenn das ginge – nicht „mal eben so nebenbei“ begleichen. Bei manch einer Stadt im Ruhrgebiet sieht das schon anders aus.

Unser Kämmerer hat den Haushalt für das vergangene Jahr unter das Motto „Horizonte“, den des vorigen Jahres unter den Titel „Ausblick und Perspektiven“ gestellt und wollte damit die Hoffnung auf bessere Zeiten, auf den berühmten „Silberstreif am Horizont“ zum Ausdruck bringen, den wir nun – glaubt man den positiven Nachrichten – tatsächlich hauchzart zu erblicken glauben.

Angesichts dieser positiven Nachrichten scheinen Investitionen von fast € 3 Millionen nicht zu hoch gegriffen – oder etwa doch?

Der Haushalt für 2012 ist zum Teil sicherlich eine Überraschungstüte.

Denn niemand kann uns sagen, wie sich die Steuereinnahmen und das Wachstum im Laufe des Jahres entwickeln werden und welche Anforderungen der Haushalt für das Jahr 2013 stellen wird. Von daher können wir auch nicht abschätzen, inwiefern die Höhe der diesjährigen Investitionen in den kommenden Jahren schmerzen mag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ohne Investitionen geht eine Gemeinde, geht das Leben in der Gemeinde ein. Finanzielle Mittel sind auch hier eine der wesentlichen Voraussetzungen, das „Schmiermittel“, ohne welches viel privates Engagement und das Umsetzen guter Ideen nicht verwirklicht werden kann.

Allerdings stellt sich berechtigterweise die Frage, welche fatalen Signale eine wohlwollende Ausgabenpolitik in die Bevölkerung senden. Dass die Zeiten im Großen und Ganzen schlechter werden und das Geld knapper wird, merken neben den Kommunen auch viele Privathaushalte – es ist inzwischen fast eine Binsenweisheit.

Nur die sich daraus notwendige Folge – das Sparen! – ist im privaten wie im öffentlichen Sektor denkbar unbeliebt sowie unangenehm und wird daher meist so weit es geht hinausgeschoben und verschleppt.

Die Frage ist daher:

Wann sendet die Gemeinde, wann sendet der Rat das Signal, dass der Gürtel nach von vielen Großprojekten geprägten Jahren enger geschnallt werden muss und die Lage nicht so „doll“ ist, wie aktuell suggeriert wird?

Der Haushalt für dieses Jahr weist einen Fehlbetrag von fast € 3 Millionen aus. Dieses Geld muss aus unserer Rücklage, quasi von unserem Sparbuch genommen werden. Würde man dies fiktiv als Schulden ansehen, so würden sich die eingangs erwähnten € 88, die jeder Bürger aus den Vorjahren aufgebaut hat, für dieses Jahr um rund € 210 Euro auf € 300 erhöhen. Dies ist dann doch eine Summe, die viele sicherlich schmerzt – genau so wie es jeden ärgern würde, wenn diese Summe von seinem Sparbuch verschwindet.

Schaut man in den Investitionsplan, so fällt sofort der Kunstrasenplatz Dörenhagen ins Auge.

Nachdem in den vergangenen Jahren schon Millionenwerte in die Erstellung künstlichen Grüns flossen, soll nun dieser Ortsteil an der Reihe sein. Dies bedeutet Ausgaben in Höhe von über € 600.000.

Da sich die Gemeinde und der Bürgermeister entschlossen haben, diese Investition für 2012 anzusetzen, möchten wir ihnen insofern vertrauen, dass die finanziellen Folgen auch vor dem Hintergrund der zusätzlich erfolgenden Investitionen gründlich bedacht und abgewogen wurden.

Das grundsätzliche Erfordernis der Erneuerung des Sportplatzes Dörenhagen stellte zwischen allen Fraktionen in den Beratungen keinen Streitpunkt dar, es ging lediglich um die Frage, ob es ein Kunstrasenplatz sein müsse oder man alternativ auf die Erstellung eines kostengünstigeren Rasenplatzes ausweichen könne.

Obwohl wir mit der kostengünstigeren Alternative liebäugeln, soll an den rund € 100.000, die der Kunstrasenplatz voraussichtlich mehr verschlingt, nicht unsere generelle Zustimmung zu diesem Haushalt scheitern. Denn der Haushalt für 2012 enthält viele wichtige Projekte, wie beispielsweise die dringend erforderliche Sanierung der Grundschule Dörenhagen.

Wie eng es tatsächlich um die Gemeindefinanzen gestellt ist, zeigt sich an der aufkommenden Debatte um die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern. Wurden diese zunächst für dieses Jahr vom Bürgermeister ernsthaft in Betracht gezogen, so meinte er letztlich doch darauf verzichten und diese womöglich auf das kommende Jahr verschieben zu können.

Abgesehen davon, dass wir Steuererhöhungen eine generelle Absage erteilen bevor nicht alle Sparbemühungen ernsthaft unternommen wurden – und da hat Borchen, wie unsere liberale Sparliste aufzeigte, noch Potenzial! -, beurteilen wir dieses Vorgehen ein Stück weit als unehrlich.

Für 2012 gönnt sich die Gemeinde hinsichtlich der Investitionen nochmals einen „Schluck aus der Pulle“, das Eintreiben der hierfür erforderlichen Gelder erfolgt aber nicht im direkten Zusammenhang sondern wohl erst

im Jahr darauf, wenn die Vorhaben bereits beschlossen und umgesetzt sind. Hiervor kann uns nur ein völlig überraschender Geldregen bewahren.

Wäre es nicht sachgerechter, Ausgaben und die nötige Akquise der dafür notwendigen Mittel in den direkten Zusammenhang zu stellen? Ein solches Vorgehen würde nicht nur der Einsicht, sparen zu müssen, förderlich sein.

Vor diesem Hintergrund kann sich der Bürgerhaushalt als sehr wertvoll erweisen. Zugegeben war dessen Start in diesem Jahr etwas holprig, allerdings waren die Gründe hierfür größtenteils hausgemacht.

Der Bürgerhaushalt war zu einer Zeit frei geschaltet, als der Haushaltsentwurf selbst noch gar nicht eingebracht war. Die Vorschläge aus der Bevölkerung mussten daher „ins Blaue hinein“ abgegeben werden, ohne dass die wesentlichen Punkte des Haushalts eingesehen werden konnten. Auch der Kämmerer hatte nichts gegen eine Verlängerung des Bürgerhaushalts einzuwenden und sah hierin keinen großen Aufwand.

Unsere dahin gehende Bitte an den Bürgermeister wurde leider lapidar damit abgetan, er habe nun erst einmal Urlaub und würde dann schauen – passiert ist leider nichts.

In der Erstellungsphase des Bürgerhaushalts wurde in Aussicht gestellt, das Konzept im Rat vorzustellen und in Form einer Ideen-Schmiede zu beraten. Auch dies ist nicht geschehen.

Letztlich wurde versäumt, in den Zeitungsartikeln positive Werbung für den Bürgerhaushalt zu erzeugen. Vielmehr wurde der Bürgermeister in den Berichten nicht müde darin, seine Ablehnung gegenüber dem Bürgerhaushalt zum Ausdruck zu bringen. Dies motivierte die Borchenerinnen und Borchener sicher nicht, dort ihren Beitrag zu leisten.

Zu zwei Punkten, die in diesem Zusammenhang angeführt wurden, möchte ich kurz Stellung beziehen.

Zunächst wurde moniert, es kämen fast nur Vorschläge für Ausgaben und kaum Hinweise für Einsparungen. Hier ist zunächst erneut anzuführen, dass zum Erkennen von Sparmöglichkeiten die Kenntnis der Grundzüge des Haushalts und der geplanten Investitionen nötig ist. Wie bereits offenkundig, wurde dieser Vorschlag der FDP nicht aufgenommen.

Ferner soll ein Bürgerhaushalt nicht nur Einsparmöglichkeiten aufzeigen, sondern auch zur Verfügung stehende Mittel effektiv lenken!

Werfen wir einen Blick in die Agenda 2010, so finden sich auch in dieser so gut wie keine Einsparmöglichkeiten, sondern vielmehr ein Bündel an kostenintensiven Wünschen und Projekten. Trotzdem gilt die Agenda für gelungen und als richtungsweisend und wird von allen Fraktionen getragen. Warum sollte vor diesem Hintergrund über einen Bürgerhaushalt mit einem anderen Maß geurteilt werden?

Für viel Erheiterung hat ferner der Vorschlag gesorgt, Borchener brauche ein Schwimmbad. Der Respekt gegenüber der Bevölkerung und jedem einzelnen interessierten Bürger an sich gebietet es schon, sich über Anregungen nicht lustig zu machen – auch wenn sie exotisch erscheinen.

Sei auch hier der Blick in die Agenda 2010 gelenkt: Auf S. 91 findet sich dort ein ganzer Abschnitt, der sich mit der Möglichkeit eines Schwimmbads auseinandersetzt und die Vorzüge für Borchener betont. Damals machte man sich im Ergebnis erfolglos auf die Suche nach einem privaten Investor, der die Gemeinde finanziell unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Natürlich ist ein Schwimmbad für die Gemeinde Borchener nicht realisierbar. Aber immerhin war der Vorschlag es schon damals wert, darüber ernsthaft nachzudenken und ihn sogar in der Agenda anzusprechen. Man muss über solche Gedankenspiele also nicht lachen und kann sie mit dem nötigen Ernst behandeln.

Zu unseren Haushaltsanträgen:

Das Thema Windkraft und die Frage der Ausweisung neuer Flächen begleitet unsere Gemeinde nun schon eine ganze Weile.

Im Kreis Paderborn und insbesondere in Borchon befinden sich Gebiete, die deutschlandweit als Filetstücke für die Erzeugung von Windenergie im Binnenland gelten. Dementsprechend treten vermehrt Investoren an uns heran und bitten um die Genehmigung zusätzlicher Standorte.

Diese Ansinnen werden von der Gemeinde unter Hinweis auf das bestehende Baurecht abgelehnt.

Dieses Verhalten der Verwaltung bedauern wir.

Die regenerative Energiegewinnung ist eine der wesentlichen Aufgaben und Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft. Wir alle sollten dieser Wende positiv gegenüber treten.

Unsere Gemeinde muss auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, gleich wenn sie im Vergleich mit manch anderer Kommune eine Führungsrolle einnehmen mag. Aber andere Kommunen haben halt auch nicht das Borchener Potenzial!

Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Gemeinde durch Windkraft immense Einnahmen bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen hätte, die die künftigen Haushalte spürbar entlasten und neue, sonst vielleicht nicht bezahlbare Investitionsmöglichkeiten eröffnen werden. Zudem sei angemerkt, dass über die angedachten Bürgerbeteiligungsmodelle auch die Borchenerinnen und Borchener von Bürgerwindparks profitieren würden.

Die Windkraft muss in Borchon endlich offen diskutiert werden!

In anderen Gemeinden hat man das längst verstanden. So forderte die SPD in Lichtenau sogar, dass die Stadt Lichtenau selbst in Windkraft investieren und den Ausbau vorantreiben sollte. Zumindest dieser offene Grundhaltung sollte sich die Borchener SPD endlich anschließen.

Die Gemeinde muss nach unserem Dafürhalten ein Informationspapier über die Möglichkeiten und Chancen einer vermehrten Windenergie-Erzeugung in Borchon erstellen, welches aktuelle Entwicklungen beinhaltet und als Diskussionsgrundlage im politischen Prozess der Meinungsfindung dienen sollte. In anderen wichtigen Bereichen wie der Schul- oder auch der Haushaltspolitik kommen wesentliche Impulse und Diskussionsanstöße ebenfalls von der Gemeinde – warum nicht hier?

Wohlgemerkt: Es soll nicht darum gehen, eine definitive Entscheidung vorzugeben, sondern verschiedene Handlungsebenen und Forderungen zu betrachten, zu bewerten sowie Vor- und Nachteile und finanzielle Aspekte darzustellen.

Der Bürgermeister muss hier dringend tätig werden und Handlungsoptionen aufzeigen. Dafür wurde er schließlich gewählt.

Wir Borchener sollten unser Potenzial nicht brach liegen lassen, sondern mit Vernunft und Augenmaß nutzen!

Die Agenda 2010 besagt auf S. 31, dass der Rat am 7. April 2003 beschlossen hat, zumindest in den nächsten zehn Jahren keine weiteren Windenergieflächen auszuweisen; diese 10-Jahres-Frist läuft in Kürze aus...

Den diesbezüglichen Antrag haben wir zunächst zurück gestellt, da wohl in naher Zukunft mit weiteren Anfragen von Investoren zu rechnen ist und das Thema dann hoffentlich an einem konkreten Beispiel unter intensiver Beteiligung der Gemeinde angegangen wird.

Am Rande sei bemerkt, dass oft die vermehrte Investition der Gemeinde in Solaranlagen als Argument gegen die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen angeführt wird.

Abgesehen davon, dass wir Liberalen diese Projekte lieber in die Hände von Bürgergesellschaften oder anderen Privatinvestoren legen würden, ist ein solch massiver Ausbau von Solarflächen nicht geeignet die Energiewende nachhaltig zu schaffen oder das ökologische Gewissen rein zu waschen.

Im Magazin „Spiegel“ (Ausgabe 3/2012) waren die geschönten Zahlen hinsichtlich der Solarenergie eindrucksvoll nachzulesen. Die Ausbeute, die in den Herstellerangaben suggeriert wird, trifft nur bei optimalen Bedingungen zu – und wann herrschen diese schon?

Die Solarenergie ist demnach mit Abstand am ineffizientesten und verschlingt trotz ihres geringen Anteils am Gesamt-Ökostrom weit über die Hälfte aller Subventionen.

Die Windenergie liefert hingegen für gleiches Geld fünfmal so viel Strom!

Wir hoffen, dies wird im Vorfeld bedacht, bevor wieder ein Nachtragshaushalt durch die Gremien getrieben wird um Solaranlagen aus dem Gemeindegeldbeutel und damit aus Steuergeldern zu errichten.

Mit unserem zweiten Antrag regen wir einen „Masterplan Borchsen 2050“ an.

Vor dem Hintergrund der Grundschuldiskussion zwischen Etteln und Kirchborchen wurde die Notwendigkeit eines solchen Projekts mehr als deutlich. Borchsen muss nicht nur die Herausforderungen meistern, die der demografische Wandel an die meisten Kommunen stellt – Borchsen muss zudem noch einige besondere Aufgaben lösen, die sich aus seiner Struktur mit fünf Ortsteilen ergeben. Hierbei stellt jeder Ortsteil berechnete Anforderungen an seine Infrastruktur und seine anderweitige Ausstattung.

Ein Erfolg für die gesamte Gemeinde gelingt nur, sofern diese Herausforderungen rechtzeitig erkannt und angegangen werden!

In der Grundschuldiskussion wurde dies sträflich versäumt, eröffnete man den Eltern doch aus heiterem Himmel, dass es hinsichtlich der Schülerzahlen knapp werde und beide Standorte womöglich nicht aufrecht erhalten werden können.

Die Folgen waren sofort danach zu erkennen: Aufgeregtheit in beiden Ortsteilen, eine Atmosphäre aus perplexer Fassungslosigkeit, Wut, Hilflosigkeit sowie viele offene Fragen. Man fühlte sich schlichtweg überrumpelt. Dies wurde auf den Informationsveranstaltungen und in vielen Gesprächen deutlich.

All das sind Reaktionen, die uns auch hinsichtlich anderer Bereiche mit ähnlichem Konfliktpotenzial ebenfalls begegnen werden.

Was jedoch noch viel schlimmer ist: Es zeigten sich deutliche Risse im Zusammengehörigkeitsgefühl der Ortsteile untereinander.

Denn wie ein Beteiligter auf einer Informationsveranstaltung treffend sagte: In so einer Situation denkt jeder erst einmal nur an sich und seinen Vorteil.

Die Wellen schlugen sogar so hoch, dass selbst die Kinder in diese Angelegenheit mit hineingerissen wurden. Bei einem gemeinsamen Theaterbesuch von Kirchborchener und Ettelner Grundschulkindern hänselten sie sich gegenseitig und verboten den Kindern aus dem anderen Ortsteil, sich neben sie zu setzen.

Wir sind uns hoffentlich alle einig, dass spätestens ab diesem Punkt eine rote Linie überschritten ist!

Diese Vorkommnisse hätte nach Aussage aller Beteiligten dann verhindert werden können, wäre man rechtzeitig informiert und darauf vorbereitet worden.

Denn vor zwar unbequemen, aber notwendigen Veränderungen verschließt sich niemand, sofern man beizeiten und transparent darüber ins Bild gesetzt wird.

Am Beispiel der Grundschule zeigen sich sehr gut die vielschichtigen Verflechtungen von Zukunftsfragen:

Eine Grundschule entscheidet über die Attraktivität eines Ortsteils für junge Familien. Junge Familien bringen Kaufkraft und liefern ein Argument für die Ansiedlung von Einzelhandel. Junge Familien bringen neue Mitglieder für Vereine und Sportmannschaften. Fehlen aber günstige und attraktive Bauplätze, bringt vielleicht auch eine Grundschule keinen Zugewinn. Und was bringen schöne Bauplätze, wenn die Infrastruktur oder der ÖPNV nicht hinreichend ansprechend sind? Diese Liste ließe sich sicherlich noch erweitern.

Auch die Diskussion um die Abwasser- und Kanalgebühren macht dies deutlich. Mit sinkender Bevölkerungszahl und sinkendem Wasserverbrauch steigen die Kosten exorbitant an. Macht es da Sinn, weiter in eine zentrale Kanalisation zu investieren oder sollte man auf dezentrale Lösungen wie bspw. Kleinkläranlagen umsteigen?

Wie muss eine Infrastruktur in einem Ort aussehen? Können die Ortskerne in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben? Welche Nachteile entstehen durch den demografischen Wandel? Wird man in 15, 20 Jahren ein Schulzentrum für die gesamte Gemeinde benötigen, weil nicht in allen Ortsteilen genug Schülerinnen und Schüler angemeldet werden?

Man merkt schnell: Zahlreiche Themen hängen untrennbar zusammen und müssen gemeinsam betrachtet und bewertet werden.

Dieser Blick in die Zukunft erfolgt aus unserer Sicht momentan nicht optimal. Neben den allgemein anfallenden Verwaltungsarbeiten und der Lösung kurzfristiger Probleme hat der bisherige Personalbestand der Verwaltung sicherlich nicht die Möglichkeit, diesen sicherlich zeitaufwendigen Aufgabenbereich mit zu bearbeiten – obwohl es unsere Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter, davon bin ich überzeugt, gerne würden.

Viele Herausforderungen erfordern bereits jetzt die richtigen Weichenstellungen, rechtzeitige Information der Bevölkerung und die Bereitstellung etwaig erforderlicher finanzieller Mittel.

An diesem Prozess darf natürlich nicht nur die Gemeinde mitwirken, sondern es ist Gesamt-Borchen mit einzu-beziehen, die Vereine, die Elternvertreter, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Jugendeinrichtungen und jede inter-essierte Bürgerin, jeder interessierte Bürger quer durch alle Altersstufen.

Wir sagen: Geld, welches heute für diese wichtigen Zukunftsfragen investiert wird, ist nicht verloren, sondern gut angelegtes Geld, dessen Rendite sich in 10, 20, 30 Jahren auszahlen und uns vor schmerzhaften Einschnit-ten bewahren wird!

Eine neue Agenda 2010 (dann wohl 2020) greift viel zu kurz, kann aber durchaus einen Bestandteil eines sol-chen Masterplans darstellen.

Denn auch in der Zukunft soll Borchen ein lebens- und liebenswerter Ort sein *mit* – und das ist zu betonen! – *allen* seinen *fünf Ortsteilen*! Wir denken dabei an unseren Gemeinde-Slogan: „5 Orte. Eine Gemeinde“. Daran haben wir uns zu orientieren.

Der zu erarbeitende Masterplan soll aus unserer Sicht durch einen Zukunftsplaner erstellt werden, der in der Verwaltung die wesentlichen Bedürfnisse und Aufgaben des Borchens ermittelt, Netzwerke knüpft, Informatio-nen und Veranstaltungen koordiniert usw. und wichtige Impulse in die Diskussionen einbringen bzw. diese anstoßen kann.

Als eine Art „Testobjekt“ sollte aus unserer Sicht mit dem Ortsteil Etteln begonnen werden. Aus der Grund-schuldebatte wurde deutlich, dass hier zwar Probleme seit Jahren bekannt sind, aber nicht gelöst wurden.

Dabei geht es nicht nur um die drängende Frage des Baulands. Ein Blick in die Agenda 2010 zeigt, was bis heute hätte erreicht werden sollen: Ein attraktives Fremdenverkehrskonzept sollte entwickelt werden – so liest man auf S. 62.

Ferner macht sich ein beängstigender Bevölkerungsschwund bemerkbar. Bis zum Jahr 2010 wurde die Bevölke-rungszahl für Etteln durch die Agenda 2010 auf eine Zielgröße von 2.050 Einwohnerinnen und Einwohner fest-gelegt. Was wurde zum Erreichen des Ziels getan?

Denn laut der Einleitung zu unserem Haushalt hat Etteln nun nur 1927 Einwohner. Das Ziel wurde demnach um weit über 100 Einwohner verfehlt – nicht eingerechnet das Wachstumspotenzial durch junge Familien, die vielleicht in dieser Zahl stecken würden! Die Bevölkerung Ettelns schwindet.

Nebenbei: Für Dörenhagen sieht es nur wenig besser aus. Hier wurden 1.600 EinwohnerInnen angestrebt, ak-tuell sind es nicht mal 1530.

Leider zeichnet sich ab, dass wir für unseren Antrag trotz der vielen guten und richtigen Argumente keine Mehrheit finden werden. Wir hoffen aber weiterhin auf Einsicht und Bewegung in dieser Sache – und wenn wir durch unseren Antrag nur das Bewusstsein für Zukunftsfragen geweckt und geschärft haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

summa summarum:

Nicht zuletzt auch dank der liberalen Akzente, die sich aufgrund unserer Bemühungen der letzten Jahre in diesen Haushalt niederschlugen (Stichwort: „Liberale Sparliste“), werden wir dem Entwurf zustimmen können. Wir tun dies nicht ganz ohne Bauchschmerzen, vertrauen aber wie eingangs gesagt trotz einer möglichen „Wunder-tüte“ der Arbeit der Verwaltung.

Die Fraktion der FDP bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Allerdissen, bei unserem Kämmerer Herrn Wiechers, aber auch bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts, die Beantwortung unserer Fragen und Anfragen sowie für die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.